

Antrag 39/I/2026**OV Eberswalde – Barnim-Ost, OV Finow****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission
zurückgestellt****Verpflichtung zum 8-Stunden-Tag und zur Sicherung der Teilzeitregelungen**

- 1 1. Die SPD-Landespartei wird beauftragt, sich
2 auf dem nächsten Bundesparteitag dafür ein-
3 zusetzen, dass es bei den Regelungen zum
4 Arbeitszeitgesetz (8-Stunden-Tag) sowie beim
5 Teilzeit- und Befristungsgesetz zu keinen Ver-
6 schlechterungen oder deren Abschaffungen
7 kommt.
- 8 2. Sollten auf Bundesebene – insbesondere im
9 Bundesrat – Vorhaben eingebracht werden,
10 die auf eine Einschränkung oder Abschaffung
11 des Arbeitszeitgesetzes (8-Stunden-Tag) oder
12 der bestehenden Teilzeitregelungen (Teilzeit-
13 und Befristungsgesetz) abzielen, wird die SPD-
14 geführte Landesregierung aufgefordert, die-
15 sen Vorhaben nicht zuzustimmen und ihnen
16 aktiv entgegenzutreten.

17

Begründung

19 Die Begrenzung der täglichen Arbeitszeit und der
20 Schutz vor prekärer Beschäftigung sind keine groß-
21 zügigen Zugeständnisse der Wirtschaft, sondern
22 ursozialdemokratische Errungenschaften, die über
23 Generationen hinweg gegen massivsten Wider-
24 stand erkämpft werden mussten. Wenn wir heu-
25 te den 8-Stunden-Tag und das Teilzeit- und Befris-
26 tungsgesetz verteidigen, dann verteidigen wir das
27 soziale und historische Fundament unserer Partei
28 und die Würde der arbeitenden Menschen.

29 Bereits im Erfurter Programm von 1891 verankerte
30 die SPD die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag als
31 zentrales Freiheitsrecht. Der endgültige Durchbruch
32 gelang jedoch erst in den Umbrüchen der Novem-
33 berrevolution.

34 Am 23. November 1918 setzte die sozialdemokrati-
35 sche Übergangsregierung unter Friedrich Ebert die
36 gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit durch. Da-
37 mit endete die Ära der grenzenlosen Ausbeutung
38 der Arbeiter*innen. Für die SPD war dieser Sieg
39 stets mehr als reine Gesundheitspolitik, er war ei-
40 ne Bedingung für die Demokratie selbst. Nur wer
41 nicht den gesamten Tag durch Erwerbsarbeit phy-
42 sisch erschöpft wird, hat die Zeit und die Kraft, sich
43 als Staatsbürger*innen am politischen und gesell-

44 schaftlichen Leben zu beteiligen.
45 In dieser direkten Tradition steht das Teilzeit- und
46 Befristungsgesetz (TzBfG), das im Jahr 2001 unter
47 einer SPD-geführten Bundesregierung verabschie-
48 det wurde. Es markierte den Übergang von der blo-
49 ßen Abwehr von Ausbeutung hin zur aktiven Ge-
50 staltung moderner Biografien. Für uns als Sozialde-
51 mokrat*innen ist Teilzeit kein „Gnadenakt“ der Ar-
52 beitgeber*innen, sondern ein integraler Bestandteil
53 moderner Lebensplanung. Wir haben dieses Recht
54 2019 durch die Brückenteilzeit konsequent weiter-
55 entwickelt, um sicherzustellen, dass Arbeitszeitmo-
56 dellen den realen Bedürfnissen der Menschen folgen
57 und nicht umgekehrt.
58 Mit großer Sorge beobachten wir daher die aktu-
59 elle Debatte, in der versucht wird, die sogenann-
60 te „Lifestyle-Teilzeit“ zu diskreditieren und einzu-
61 schränken. Diese Rhetorik verkennt die Realität der
62 Arbeitnehmer*innen. Wer heute weniger arbeitet,
63 tut dies oft, um Kinder zu erziehen, Angehörige zu
64 pflegen oder schlichtweg um die eigene Gesund-
65 heit in einer immer belastenderen Arbeitswelt zu er-
66 halten. Die Abwertung individueller Arbeitszeitent-
67 scheidungen als bloßen „Lifestyle“ ist ein Angriff auf
68 die persönliche Freiheit und die hart erkämpfte Zeit-
69 souveränität.
70 Die SPD Brandenburg stellt hier unmissverständlich
71 klar, dass eine Einschränkung der Teilzeitrechte mit
72 uns nicht zu machen ist. Wir lassen nicht zu, dass un-
73 ter dem Vorwand des Fachkräftemangels oder wirt-
74 schaftlicher Effizienz die Axt an die soziale Sicher-
75 heit und die Planbarkeit von Lebensentwürfen ge-
76 legt wird. Das „Soziale“ in der SPD bedeutet heu-
77 te wie vor 100 Jahren, dass der Mensch die Herr-
78 schaft über seine Zeit behält. Wir stehen als Boll-
79 werk gegen jeden Versuch, den 8-Stunden-Tag auf-
80 zuweichen oder das Recht auf Teilzeit zu beschnei-
81 den. Diese Errungenschaften sind Teil unserer Iden-
82 tität und das Rückgrat einer gerechten Arbeitswelt.
83 Als die konservativen Kräfte und Wirtschaftsverbän-
84 de in der Krisenzeit von 1923 versuchten, die Arbeits-
85 zeit wieder massiv auszudehnen, war es die SPD,
86 die diesen Angriff als Frontalangriff auf die Würde
87 der Arbeiterschaft begriff und parlamentarisch da-
88 gegenhielt.
89 Im Interesse unseres historischen Erbes und der Tat-
90 sache, dass wir diesen Kampf seit unserer Partei-
91 gründung führen, müssen wir weiterhin mit aller
92 Kraft gegen diese Forderungen angehen und der Ge-

93 sellschaft deutlich zeigen, dass wir die soziale Kraft
94 Deutschlands sind und uns bedingungslos für die
95 Rechte der Arbeitnehmer*innen einsetzen.